



Prof. Dr. Christian Dreger ist Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin/ des Autors wieder.

EU-Haushalt zur Stärkung des Wirtschaftswachstums einsetzen

In der letzten Woche sind die EU-Haushaltsverhandlungen für die Festlegung eines neuen Finanzrahmens für die Jahre 2014 bis 2020 vorerst gescheitert. Die Hilfen machen rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU aus. Von ihnen profitieren vor allem die Länder Süd- und Osteuropas. Die mehrheitlich aus dem Norden Europas stammenden Geberländer fordern dagegen Kürzungen, nicht zuletzt, weil die öffentlichen Finanzen unter Konsolidierungsdruck stehen. Während Deutschland in allen Politikbereichen Abstriche vornehmen möchte, lehnt Frankreich zum Schutz seiner Bauern Einschnitte bei den Agrarmitteln strikt ab. Derzeit werden rund 40 Prozent der Mittel für die Agrarförderung ausgegeben, ein weiteres Drittel für die Struktur- und Kohäsionsfonds zur Förderung von rückständigen Regionen, zehn Prozent für Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und sechs Prozent für die EU-Bürokratie. Der Rest verteilt sich auf kleinere Posten wie Außen- und Sicherheitspolitik sowie Einwanderung.

Obwohl die Verhandlungen letztlich an der Höhe des Budgets gescheitert sind, ist die künftige Struktur und Ausrichtung des Haushalts das eigentliche Thema. So wird die europäische Schuldenkrise in der anstehenden Finanzperiode voraussichtlich noch weiter schwelen. Daher sollte der EU-Haushalt stärker und flexibler als bisher zur Stärkung des Wirtschaftswachstums ausgerichtet werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Südländer, die in einer tiefen Rezession stecken.

Bei der Struktur des Haushalts geht es vor allem um die Kürzung der Agrarförderung, die mit hohen Opportunitätskosten

einhergeht. Mittel sollten von diesem Bereich in andere Verwendungen umgeleitet werden, in denen sie stärkere Wachstumsimpulse setzen können. Dies gilt etwa für die Förderung von Bildung und Ausbildung, um die Bedingungen für innovationsgetriebenes Wirtschaftswachstum zu verbessern. Daneben ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Angleichung trotz Förderung weniger entwickelter Regionen nur langsam vorankommt. Dies gilt auch innerhalb einzelner Länder, wo zusätzlich zu den EU-Mitteln noch andere Töpfe verfügbar sind. So haben sich die Differenzen in den Pro-Kopf-Einkommen zwischen den nördlichen und den südlichen Regionen in Italien nur wenig verändert, und auch in Deutschland ist der wirtschaftliche Aufholprozess der neuen Bundesländer an das Westniveau seit Jahren fast zum Erliegen gekommen.

Das heißt allerdings nicht, dass man künftig auf die Förderung von weniger entwickelten Regionen verzichten sollte. Der EU-Haushalt ist vielmehr vom Solidaritätsgedanken zwischen reichen und armen Regionen geprägt. Allerdings ist eine supranationale Evaluierung der Fördermaßnahmen unabdingbar. Dabei sind die erwarteten mit den tatsächlichen Effekten zu vergleichen und Gründe für Abweichungen zu identifizieren. Dabei kann die Förderung angepasst werden, sodass ein flexiblerer Finanzrahmen erforderlich ist. Ohne eine strengere Überprüfung besteht die Gefahr, dass Mittel nicht effizient verwendet werden oder andere länderspezifische Aktivitäten verdrängen. Bei einer strikteren Evaluierung kann auch das Prinzip der Ko-Finanzierung gelockert werden, das in den vergangenen Jahren die Südländer daran gehindert hat, zugesagte Gelder aus dem EU-Haushalt abzurufen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
79. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch
Alexander Eickelpasch
Prof. Dr. Anne Neumann

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.